

Literatur

European Commission (2016c). European Economic Forecast. Autumn 2016. European Economy, Institutional Paper 038/November 2016. Brussels.

Fiskalrat (2015a). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2014–2019. Wien.

Fiskalrat (2015b). Bericht über die Einschätzung der Budgetentwicklung 2015–2016. Wien.

Fiskalrat (2016). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2015–2020. Wien.

Grossmann, B., Hauth, E. und S. Maidorn (2016). Komplexität der EU-Fiskalregeln und Gestaltungsoptionen für die subsektorale Anwendung in Österreich. Wien.

Hauth, E. und B. Grossmann (2013). Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte: Inwieweit limitieren die neuen Obergrenzenbestimmungen deren Haftungsrisiko? Studie im Auftrag des Staatsschuldenausschusses. Wien.

Holler, J. und P. Schuster (2016). Langfristeffekte der Flüchtlingszuwanderung 2015 bis 2019 nach Österreich. Studie im Auftrag des Fiskalrates. Wien.

Kempkes, G. (2014). Cyclical Adjustment in Fiscal Rules: Some Evidence on Real-Time Bias for EU-15 Countries. FinanzArchiv 70, S. 278-315.

Mc Morrow, W. Roeger, V. Vandermeulen und K. Havik (2015). An Assessment of the Relative Quality of the Output Gap Estimates Produced by the EU's Production Function Methodology. European Economy Discussion Paper 020.

Mitterer, K., P. Biwald und A. Haindl (2016). Länder-Gemeinde-Transferverflechtungen. Status und Reformoptionen der Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden. Endbericht des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Wien.

Österreichischer Stabilitätspakt (2012). Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2012. BGBl. I Nr. 30/2013.

Österreichischer Stabilitätspakt (2012). Richtlinien gemäß Art. 5 Abs. 2 ÖStP zur Berechnung des strukturellen Haushaltssaldos Österreichs und zur Führung der Kontrollkonten des Bundes, der Länder und Gemeinden gemäß Art. 7 Abs. 7 ÖStP 2012.

Rat der Europäischen Union. Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2016 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2016. 13.6.2016. Brüssel.

Rechnungshof (2015). Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden. Reihe Bund 2015/7. Wien.

Rechnungshof (2016). Bundesrechnungsabschluss 2015. Wien.

RL 2011/85/EU über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten.

Verordnung des Bundesministers für Finanzen: Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 –VRV (2015). BGBl. II Nr. 313/2015.

Vertrag über die Arbeitsweise in der EU, ABl. EG Nr. C 115 vom 9.5.2008.

Literatur

Vertrag über die Europäische Union, Amtsblatt der Europäischen Union Nr. C191 vom 29. Juli 1992 sowie Nr. C83/01 vom 30.3.2010 (konsolidierte Fassung). Brüssel.

Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion. 2. März 2012. Brüssel.

VO (EG) Nr. 1055/2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

VO (EG) Nr. 1056/2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

VO (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

VO (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

VO (EU) Nr. 1173/2011 über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euroraum.

VO (EU) Nr. 1175/2011 zur Änderung der VO (EG) 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

VO (EU) Nr. 1176/2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte.

VO (EU) Nr. 1177/2011 zur Änderung der VO (EG) 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

VO (EU) Nr. 473/2013 über gemeinsame Bestimmungen für die Überwachung und Bewertung der Übersichten über die gesamtstaatliche Haushaltsplanung und für die Gewährleistung der Korrektur übermäßiger Defizite der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet.

ANHANG

A1	Empfehlungen des Fiskalrates im Jahr 2016.....	102
A2	Fiskalindikatoren laut Maastricht 2000 bis 2017: Budgetsaldo, Verschuldung, Zinsaufwand, Primärsaldo, struktureller Budgetsaldo, Ausgaben, Einnahmen und Abgaben des Staates sowie Struktur der Staatsausgaben und –einnahmen nach Teilektoren 2014 und 2015.....	110
A3	Bereinigte Finanzschuld und Nettodefizit des Bundes 1970 bis 2015.....	114
A4	Zinsen-, Tilgungs- und sonstiger Aufwand für die Finanzschuld des Bundes 1970 bis 2015.....	115
A5	Struktur der Finanzschuld des Bundes nach Schuldformen: Stand und Anteile 1980 bis 2015 sowie Restlaufzeit und Nominalverzinsung 1998 bis 2015	118
A6	Fremdwährungsschuld des Bundes nach Währungen: Stand und Anteile nach Währungen 1980 bis 2015.....	120
A7	Ableitung der öffentlichen Verschuldung 2013 bis 2015	121
A8	Finanzschuld der Länder (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2006 bis 2015).....	122
A9	Finanzschuld der Gemeinden (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2006 bis 2015).....	123
A10	Staatsverschuldung im internationalen Vergleich 2008 bis 2017	124

A 1 EMPFEHLUNGEN DES FISKALRATES IM JAHR 2016

Empfehlungen des Fiskalrates zur Budgetpolitik (Nov. 2016)

Der Fiskalrat beschäftigte sich in den letzten Sitzungen mit den **Budgetentwicklungen in Österreich in den Jahren 2015 bis 2017** und leitet daraus folgende **Erkenntnisse und Empfehlungen** ab:

Gegenfinanzierungen der Steuerreform unter den Planwerten, aber Budgetentwicklung 2016/17 besser als im Frühjahr erwartet

- Der **Fiskalrat** (FISK) geht in **seiner aktuellen Budgetprognose** – unter Zugrundelegung der WIFO-Konjunkturprognose vom September 2016 – für das Jahr 2016 von einem **gesamtstaatlichen Budgetdefizit nach Maastricht** von 1,5% des BIP im Jahr 2016 und von 1,3% des BIP im Jahr 2017 aus. Das relativ niedrige, aber gegenüber 2015 gestiegene Wachstum der Staatsausgaben im Prognosezeitraum 2016 und 2017 kann die schwache Einnahmenentwicklung (2016: +1,4 Mrd EUR oder +0,8%; 2017: +4,9 Mrd EUR oder +2,8%) infolge der **Steuerreform 2015/2016** nicht zur Gänze kompensieren, wodurch sich ein **deutlicher Anstieg des gesamtstaatlichen Budgetdefizits** gegenüber 2015 ergibt (Anstieg 2015/16: 0,5 Prozentpunkte des BIP). Die Abgabenquote Österreichs sinkt im Jahr 2016 auf 43,1% des BIP und liegt im **EU-28-Vergleich** auf hohem Niveau (siebenthöchste Abgabenquote laut EK-Herbstprognose).
- Aus konjunkturpolitischer Sicht zeigt die budgetäre Kenngröße „**Veränderung des strukturellen Primärsaldos in % des BIP** bzw. **der Fiscal Stance**“¹ in den Jahren 2013 bis 2015 einen **leicht restriktiven Budgetkurs** in Österreich, der durch die Steuerreform 2015/2016 und die Lohnnebenkostensenkung ab 2016 in eine leicht **expansive, konjunkturunterstützende Wirkung** in den Jahren **2016 und 2017** übergeht. Für Österreich wird für die Jahre 2015 bis 2017 eine leicht negative Outputlücke geschätzt, die eine Unterauslastung der Wirtschaft kennzeichnet.
- Das prognostizierte **gesamtstaatliche Budgetdefizit 2016** fällt im Vergleich zur **FISK-Frühjahrsprognose** um 1,8 Mrd EUR bzw. 0,5% des BIP niedriger aus. Die Abweichung erklärt sich zu etwa 60% durch externe Faktoren (–0,6 Mrd EUR Basiseffekt², –0,5 Mrd EUR Konjunktureffekt) und zu etwa 40% aus dem Prognose-Update des FISK (u. a. niedrigere Ausgaben bei den Zinsen infolge der HETA-Gläubigereinigung im Herbst 2016 und bei öffentlichen Investitionen).
- Eine FISK-Schätzung zum Aufkommen der einnahmeseitigen **Gegenfinanzierungsmaßnahmen** der **Steuerreform** zeigt, dass die geplanten Zusatzeinnahmen (nach ESVG 2010) im Jahr 2016 von etwa 2,1 Mrd EUR nicht erreicht werden dürften. Der diesbezügliche Ausfall dürfte aber durch ein zum Teil unerwartetes Zusatzaufkommen bei der Körperschaftsteuer teilweise kompensiert werden.
- Die **Staatsausgaben** nehmen im Prognosezeitraum 2016 und 2017 mit durchschnittlich 2,1% p. a. (2016: +3,1 Mrd EUR oder +1,7%; 2017: +4,2 Mrd EUR oder 2,4%) moderat zu. Auf die Entwicklung **dämpfend** wirken insbesondere der **Rückgang der Vermögenstransfers** im Rahmen des **Bankenpakets** und jener der **Zinsausgaben** aufgrund des Niedrigzinsumfelds (2016: insgesamt etwa –2,3 Mrd EUR). Im Rahmen des Bankenpakets geht die FISK-Prognose erstmals seit 2009 von sehr geringen budgetären Belastungen aus. Die dadurch frei werdenden Mittel werden nicht zur Gänze eingespart, sondern teilweise überlagert von den dynamischen Ausgabenbereichen (u. a. Gesundheitswesen, Arbeitslosenunterstützung, soziale Sicherung, Pensionen, innere und äußere Sicherheit).

1 Struktureller Budgetsaldo ohne Zinsen gemessen am nominellen BIP.

2 Der Basiseffekt entsteht durch Datenrevisionen von Statistik Austria (in diesem Fall ESVG-Daten bis 2015), an welchen die FISK-Prognose anknüpft.

Weitgehende Einhaltung der EU-Fiskalregeln 2016/17; Wegfall der Sonderregelung ab 2019 sollte bei Budgetmaßnahmen stärker beachtet werden

- Der **FISK** begrüßt die – gegenüber dem Frühjahr 2016 – verbesserten Aussichten für die **Budgetgebarung Österreichs**, die eine weitgehende Einhaltung der **EU-Fiskalvorgaben** in den Jahren **2016 und 2017** unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen signalisieren. In jüngster Zeit wurden mehrere **Ausgabenpakete** beschlossen, die weder im Bundesvoranschlag 2017 noch in der österreichischen Haushaltsplanung 2017 enthalten sind und die Budgets in den Folgejahren belasten. Der FISK empfiehlt daher, bei den **Maßnahmenpaketen** darauf zu achten, dass die **EU-Fiskalregeln** in den nächsten Jahren eingehalten werden können. Die Offensivmaßnahmen und Steuererleichterungen wirken zwar konjunkturstimulierend, werden jedoch künftige Budgets – trotz partieller Eigenfinanzierung – belasten.
- Die Einhaltung der EU-Fiskalregeln wird in den Folgejahren durch **Wegfall der gegenwärtig anerkannten Flexibilisierungsklauseln** infolge der hohen **Flüchtlingsbewegung und Terrorismusbekämpfung** (etwa 0,5% des BIP 2016 und 2017) schwieriger werden. Diese Lockerung **reduziert sich** auf etwa 0,4% des BIP im Jahr **2018** und **fällt in den Folgejahren zur Gänze weg**.
- Gemäß aktueller **FISK-Herbstprognose** beträgt das strukturelle Budgetdefizit im **Jahr 2016** 1,1% des BIP und verschlechtert sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte. Die EU-Fiskalregeln **unter Einschluss der Flexibilisierungsklauseln** erlauben eine Verschlechterung von maximal 1,0% des BIP (Abstand zum MTO³ 2015: 0,5% des BIP zuzüglich 0,5% des BIP für die Berücksichtigung der Zusatzkosten für Flüchtlinge und zur Terrorbekämpfung). Somit weicht gemäß FISK-Herbstprognose die **strukturelle Anpassung des Defizits** im Jahr 2016 von der EU-Budgetvorgabe um gerundet 0,3 Prozentpunkte zwar ab. Die **Verfehlung** im Jahr **2016** liegt aber **unter der „Erheblichkeitsgrenze“** von 0,5% des BIP. Die vom FISK prognostizierte Reduktion des strukturellen **Budgetdefizits 2017** um 0,1 Prozentpunkte auf 1,0% des BIP **entspricht den strukturellen Anpassungsvorgaben der EU**, sofern die Flüchtlingszusatzkosten und die Zusatzkosten 2016 zur Terrorbekämpfung von 0,5% des BIP abgezogen werden. Auch das **mittelfristige Budgetziel (MTO)** sollte Österreich gemäß FISK-Herbstprognose (unter Berücksichtigung der Flexibilisierungsklauseln und des Toleranzbereiches) in den Jahren 2016 und 2017 erreichen.

Strukturreformen und Infrastrukturinvestitionen forcieren

- Das **extreme Niedrigzinsumfeld** entlastet das Budget durch rückläufige Zinsausgaben in den Jahren 2015 bis 2017 deutlich. Der Zinsentlastungseffekt im Jahr 2015 gegenüber 2014 erreichte für die Finanzschuld des Bundes eine Größenordnung von etwa 0,5 Mrd EUR.⁴ In den Folgejahren dürften sich die Zinsersparnisse zunehmend abschwächen. Das niedrige Zinsniveau könnte für sinnvolle öffentliche Investitionen oder einen Schuldenabbau genutzt werden.
- In Österreich bietet sich eine **Forcierung jener öffentlichen Investitionen** an, die weitere **private Investitionen** auslösen und die den Herausforderungen wachsender Bevölkerung sowie technologischer Entwicklungen gerecht werden. Die Entwicklung der **staatlichen Bruttoinvestitionen in Österreich** in den letzten 20 Jahren zeigt, dass die gesamtstaatliche Investitionsquote – nach den Krisenjahren (2008 und 2010) mit bis zu 3,4% des BIP – gegenwärtig mit 2,9% des BIP (2015 bis 2017) leicht unter dem langjährigen Durchschnitt liegt (3,1% des BIP). Der krisenbedingte Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen in Österreich erklärt sich im Wesentlichen aber aus dem **Absinken der privaten und nicht der öffentlichen Investitionstätigkeit**. Auch könnten EU-Mittel effektiver eingesetzt werden. Dabei wäre auf eine stärkere Impulswirkung zu achten.
- Der **FISK** empfiehlt, dass die **Bundes- und Landesregierungen** die **Anrechnung von Strukturreformen** gemäß den Flexibilisierungsbestimmungen des SWP überprüft. Die **Flexibilisierung** der

³ Als mittelfristiges Budgetziel bzw. Medium Term Objektive (MTO) wurde in Österreich 0,5% des BIP definiert.

⁴ Diese Berechnung basiert auf OeBFA-Daten zur Finanzschuld des Bundes 2015 und der durchschnittlichen Effektivverzinsung pro Monat im Jahresabstand 2014 und 2015.

EU-Fiskalregeln erleichtert es, **wachstumsfördernde Impulse** (Europäischer Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), Investitions- und Strukturreformklausel) regelkonform zu setzen. Die derzeitigen Fiskalregeln sollten im Sinne einer ökonomisch ausgewogenen Behandlung von konsumptiven und investiven Staatsausgaben weiterentwickelt werden. Im Gegensatz zu konsumptiven Ausgaben spielt bei Investitionsausgaben die zeitliche Verteilung bei der Einhaltung der Fiskalregeln eine wichtige Rolle.

- Österreich könnte einen regelkonformen **Strukturreformplan** z. B. für **Klimaschutz**, im **Bildungsbereich** oder für **öffentl. Infrastrukturinvestitionen** mit **anfänglichen** budgetären Zusatzmitteln starten, sofern ein **nachhaltiger Anstieg des Potenzialwachstums** zu erwarten ist (Regelabweichungen bis zu drei Jahre möglich). Bei den **staatlichen Investitionsvorhaben** (z. B. ÖBB-Rahmenplan oder Breitbandoffensive) wurden 2015/16 die geplanten **Zielwerte unterschritten**.
- Der FISK regt an, die Maßnahmen zur **Bekämpfung des Sozial- und Steuerbetrugs** auf nationaler und internationaler Ebene weiterzuführen und die **Harmonisierung der Steuerregeln** auf internationaler Ebene voranzutreiben.
- Um das ökonomische Potenzial der jüngsten **Flüchtlingszuwanderung** zu heben bzw. die damit verbundenen mittel- bis langfristigen Belastungen der Staatsfinanzen so gering wie möglich zu halten, sollte aus Sicht des **FISK verstärkt in die Integration der in Österreich lebenden Asylwerber und Asylberechtigten investiert** werden. Dabei müssen mögliche Maßnahmen bezüglich ihrer kurz- bis langfristigen Wirkung unterschieden und regionale Gegebenheiten beachtet werden. Schnelle **Arbeitsmarktintegration** führt bereits **kurzfristig** zu einem Rückgang der budgetären Belastungen, während **Ausbildungsinvestitionen** und erhöhte **Bildungsdurchlässigkeit** zwar erst **mittel- bis langfristig**, dafür aber nachhaltig **stärker** wirken. Die jüngsten Bestrebungen der Bundesregierung zur Vereinfachung der Nostrifikation von Ausbildungen sowie zur Kürzung der Asylverfahrensdauer sind zu begrüßen. Langfristig erscheint das Heranführen der Beschäftigungsquote der Flüchtlinge an das österreichische Niveau vor allem aufgrund der niedrigen Partizipationsraten von zugezogenen Frauen als besonders wichtig.

Einigung des Paktums Finanzausgleich 2017 bis 2021 sollte als erster Schritt für eine Föderalismusreform in Österreich verstanden werden

- Der FISK begrüßt die Neugestaltung des Paktums Finanzausgleich 2017 bis 2021 und die **Vorbereitung** einer **Bundesstaatsreform bis Ende 2018** unter Berücksichtigung der Arbeiten des Österreich-Konvents, die auf **höchster politischer Ebene** voranzutreiben wäre. Für die Realisierung dieses wichtigen und schwierigen Projekts dürfte zunächst eine **politische Einigung** über die **strategischen Ziele der Bundesstaatsreform insgesamt** vor dem Hintergrund der einzelnen gebietskörperschaftsübergreifenden Agenden (u. a. Gesundheitswesen, Soziales, Bildungswesen, Förderungen, Dienst- und Pensionsrechte, kostentreibende Normsetzungen, Steuerrecht) notwendig sein.
- Als Ausgangspunkt für die Ausgestaltung einer **Bundesstaatsreform** bietet sich eine kritische **Aufgaben- und Ausgabenanalyse** („Spending Reviews“) an, die in Form eines „**Benchmarking-Modells**“ im **neuen Paktum Finanzausgleich** vereinbart wurde. Diese Ergebnisse in Kombination mit der strategischen Zielsetzung könnten in eine gebietskörperschaftsübergreifende **Kompetenz- und Strukturreform** münden, die vom Ziel **weitgehender Transparenz** sowie einer **zusammengeführten Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung** für öffentliche Leistungen geleitet sein sollte. Damit könnten nicht nur Anreizmechanismen für eine nachhaltige Budgetgebung gestärkt, sondern auch einfachere Strukturen mit Transferentflechtungen realisiert werden. Eine transparente und umfassende Darstellung der Finanzströme von und zwischen den Gebietskörperschaften ist notwendig. Gegenwärtig verfügen die Länder über eine Ausgabenhoheit, während ihre Einnahmen größtenteils über den Finanzausgleich sowie intergovernmentale Transfers determiniert werden.
- Im neuen Finanzausgleich wurde der **Wohnbauförderungsbeitrag**, der sich unmittelbar auf die

Höhe der Lohnnebenkosten auswirkt, als ausschließliche **Landessteuer** zur Stärkung der Abgabenautonomie umgewidmet. Der **FISK** regt an, die Wohnbauförderungsbeiträge für den Wohnbau zu verwenden.

- Die im neuen Finanzausgleich vereinbarten **strukturellen Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden** zu Lasten des Bundes von 300 Mio EUR p. a. sind vor dem Hintergrund der subsektoralen **Zielvorgaben des Österreichischen Stabilitätspakts (ÖStP 2012)** zu hinterfragen und im Sinne einer verstärkten Aufgabenorientierung zu sehen. So wurde im Jahr 2015 der ÖStP 2012 durch die Länder und Gemeinden in Summe übererfüllt, während die Bundesebene durch besondere Lasten (z. B. Bankenpaket, Flüchtlingszuwanderung) die Zielvorgaben verfehlte. Auch sollte eine **innerstaatliche Änderung der Verteilung der Budgetmittel** angesichts der **EU-Fiskalregeln** immer auch die **gesamtstaatliche Auswirkung** beachten und offenlegen.
- Durch die Verabschiedung des **ÖStP 2012** wurde in Österreich den Verpflichtungen aus der Unterzeichnung des Fiskalpolitischen Pakts nachgekommen. Die **vollständige Umsetzung des ÖStP** sieht **ab dem Jahr 2017** ein System nationaler Fiskalregeln für den Bund, die Länder und die Gemeinden pro Bundesland vor, das im Wesentlichen dem EU-Fiskalregelwerk entspricht und die Komplexität weiter erhöht. Die **Operationalisierung** und **Steuerung** dieser regionalen Fiskalregeln – v. a. der strukturellen Budgetregel und Ausgabenregel – ist insbesondere auf Gemeindeebene schwierig und aufwändig und könnte aus Sicht des FISK vereinfacht werden, sofern damit die Einhaltung der gesamtstaatlichen Zielvorgaben gewährleistet bleibt.

Langfristige Ausrichtung des Risiko-Managements und Stärkung der Transparenz zur Verbesserung der Budgetsteuerung

- Der **FISK** begrüßt den eingeschlagenen Weg der Gebietskörperschaften, sich weiterhin **risikoarm und diversifiziert** zu finanzieren sowie ab Anfang 2019 **klare Haftungsobergrenzen** auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen einzuführen. Zusätzliche Informationen über eingegangene staatliche Haftungen (z. B. Haftungsnehmer, Ausfallwahrscheinlichkeit oder eine Verletzung der Obergrenze) würden die Transparenz fördern.
- Die Strategie des Bundes, sich – unter Berücksichtigung der zeitlichen Verteilung der Tilgungen – vorrangig **langfristig und fixverzinslich** zu verschulden, erscheint gegenwärtig aufgrund des historisch niedrigen Niedrigzinsumfelds und der flachen Zinskurve nicht nur für die **Bundesebene, sondern auch für alle anderen Gebietskörperschaften** sinnvoll. Eine engere **Kooperation** beim Schuldenmanagement mitsamt dem zugehörigen Risikomanagement zwischen dem Bund, den Rechtsträgern des Bundes und den Ländern ist zweckmäßig und sollte intensiviert werden.
- Eine **Gesamtbeurteilung der Länder-Gemeinden-Transferverflechtung** und auch eine adäquate **statistische Erfassung** der **regionalen Staatsausgaben in Österreich** in der ESVG-2010-Abgrenzung ist gegenwärtig teils durch fehlende Spezifikationen und Differenzierungen in den Rechnungslegungsvorschriften, durch unterschiedliche Verbuchungspraktiken in den einzelnen Bundesländern sowie unterschiedliche Trägerschaften bei einzelnen Aufgaben (Landesfonds, Gemeindeverbände, ausgelagerte Gesellschaften) **eingeschränkt** und sollte **aus Sicht des FISK** rasch **verbessert werden**. Auch wäre eine stärkere Transparenz im Bereich der staatlichen **Förderungen mit Förderberichten** von allen Gebietskörperschaften notwendig.
- Das **Zinsumfeld** befindet sich auf einem **historisch niedrigen Niveau** und ein Großteil der Finanzschulden des Bundes rentiert mit negativen Renditen, wobei das befristete Public Sector Purchase-Programm der EZB maßgeblich dazu beiträgt. Der **FISK** empfiehlt, den **Gefahren eines steigenden Zinsniveaus durch Debt-Management-Maßnahmen entgegenzutreten** und entsprechende Risikoszenarien miteinzuplanen. Die Investorenbasis ist weiter breit zu halten.
- Nach der HETA-Gläubigereinigung empfiehlt der **FISK** die **Haftungsbeziehungen** zwischen dem Bund und den Ländern **zu klären** und **verfassungsmäßig** zu verankern. **Verfahrensregelungen** bei drohender Zahlungsunfähigkeit von einzelnen Gebietskörperschaften wären zweckmäßig.

Empfehlungen des Fiskalrates zur Budgetpolitik (Juni 2016)

Der Fiskalrat beschäftigte sich in den letzten Sitzungen mit den zwei Themenbereichen „Komplexität des EU-weiten Fiskalregelwerks“ sowie „Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und mögliche Alternativen“, die vom Büro des Fiskalrates in Form von Studien aufbereitet wurden, und leitet daraus folgende Erkenntnisse und Empfehlungen ab:

EU-weites Fiskalregelwerk

- Zur Förderung der **Budgetdisziplin** finden **numerische Fiskalregeln** Anwendung. Sie dienen der Unterstützung einer soliden Fiskalpolitik und tragen dazu bei, die langfristige Tragbarkeit der Staatsverschuldung zu gewährleisten. Darüber hinaus ist auch auf die Qualität der öffentlichen Finanzen i. S. der Einnahmen- und Ausgabenstruktur zu achten, um die Einhaltung der Fiskalregeln nachhaltig gewährleisten zu können.
- Das Fiskalregelwerk sollte so ausgestaltet sein, dass die **Fiskalpolitik** im Rahmen der makroökonomischen Zielsetzungen auf **Konjunkturschwankungen** reagieren kann. Die primäre Ausrichtung der Budgetpolitik an der konjunkturbereinigten Kenngröße des **strukturellen Budgetsaldos** – wie sie das aktuelle EU-Fiskalregelwerk derzeit vorsieht – bietet sich demnach an, weist aber auch Problembereiche auf. So ist die **Berechnungsmethode für die Konjunkturbereinigung** (Berechnungsmethode der Outputlücke) strittig und der **Potenzialoutput** immer eine Schätzgröße. Auch kann in der **Anpassungsphase** bis zur Erreichung des „mittelfristigen Budgetziels“ nur eingeschränkt auf die wirtschaftliche Lage Bedacht genommen werden. Eine Beachtung des aggregierten Budgetkurses der WWU („Fiscal Stance“) könnte überdies dem Umstand Rechnung tragen, dass die jeweilige nationale Fiskalpolitik nicht ausschließlich innerstaatlich wirkt (Spillover-Effekte in den Mitgliedstaaten).
- IWF und eigene Berechnungen zeigen, dass sich in der Vergangenheit – trotz Prozyklizität der EK-Methode – der **strukturelle Budgetsaldo** als Kenngröße für eine **antizyklische Ausrichtung der Budgetpolitik in Österreich** besser als der (nominelle) **Budgetsaldo** eignete. Auch wurden in Österreich die **Revisionen des strukturellen Saldos** der Jahre 2010 bis 2015 **nicht von den Revisionen der Outputlücke** getrieben. Dennoch wurde in den vergangenen Jahren das strukturelle Budgetdefizit ex-ante **überschätzt** (durchschnittliche Revision der EK-Schätzung 2010 bis 2015: 0,6% des BIP). Nach Maidorn und Reiss (2016) ist der Beitrag von Revisionen des Potenzialoutputs zu den Revisionen des strukturellen Saldos in den meisten EUR-12-Ländern geringer als jener der sonstigen Faktoren (u. a. Fehler bei Einnahmen- bzw. Ausgabenschätzungen).
- Ein **Überdenken** der gegenwärtigen **EK-Berechnungsmethode der Outputlücke** unter **Einbeziehung der Fiskalräte** erscheint **notwendig**, um den **Bias der Berechnungsmethode** zu verringern und die **Transparenz sowie die Akzeptanz** dieser Kenngröße in der EU zu erhöhen. Der **negative Bias** bei der Schätzung der Outputlücke in Echtzeit bedingt – bei entsprechend hoher Ausnützung des Spielraums bei Anwendung der Fiskalregeln – eine signifikant höhere Staatsverschuldung im Vergleich zu einer unverzerrten Schätzung der Outputlücke. Eine **Verbesserung** bei der EK-Methode zur Schätzung der Outputlücke könnte beispielsweise durch eine Weiterentwicklung der Methode zur Konjunkturbereinigung oder durch Heranziehen einer Mittelfrist- anstatt einer Kurzfristprognose (mit einem Prognosehorizont von zwei Jahren) als Basis für die Berechnungen erreicht werden.
- Die Berücksichtigung der konjunkturellen Lage bei der Ausrichtung der Fiskalpolitik müsste in Zukunft stärker als bisher **symmetrisch erfolgen**. So wie bei sehr schlechter Konjunktur Budgetdefizite zweckmäßig sein können, um eine Unterauslastung zu vermeiden, so können bei sehr guter Konjunkturlage Budgetüberschüsse zweckmäßig sein, um eine Überhitzung der Konjunktur zu vermeiden.

- In **Österreich** wurde in den letzten Jahren durch einen sukzessiven und moderaten Konsolidierungskurs, der von Offensivmaßnahmen zusätzlich begleitet wurde, die **prozyklische Wirkung** der Budgetpolitik bis zur Erreichung des MTO im Jahr 2014 im europäischen Vergleich **gering gehalten**.
- Durch die anhaltende Konjunkturschwäche in Europa – trotz expansiver Geldpolitik – vermehren sich die Forderungen nach **wachstumsfördernden Investitionen** der Mitgliedstaaten. Auch in Österreich bietet sich **im Rahmen der EU-Fiskalregeln** eine **Forcierung sinnvoller (effektiver) staatlicher Investitionen** – insbesondere vor dem Hintergrund einer wachsenden Bevölkerung – an, die möglichst weitere private Investitionen auslösen.
- Die jüngste **Flexibilisierung** der EU-Fiskalregeln erleichtert es etwas, **wachstumsfördernde Impulse** (Europäischer Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), Investitions- und Strukturreformklausel) regelkonform zu setzen. So könnte Österreich einen **Strukturreformplan** z. B. im **Bildungsbereich**, weitere **öffentliche Infrastrukturinvestitionen** oder zur **Entlastung des Faktors Arbeit** mit **anfänglichen** budgetären Zusatzmitteln starten, sofern ein **nachhaltiger Anstieg des Potenzialwachstums** zu erwarten ist (Regelabweichungen bis zu drei Jahre möglich).
- Das EFSI-Modell zur Forcierung von strategischen Investitionen nutzt Österreich bisher nur durch **ein Projekt** in der **Energieversorgung**. Auch könnte der **Breitbandausbau** in Österreich ein geeignetes Projekt darstellen, allerdings müssten die einzelnen Bundesländer-Projekte gebündelt werden (Mindestvolumen erforderlich). Der Fiskalrat empfiehlt, dass die **Bundes- und Landesregierungen** die Anrechnung von geplanten Strukturreformen gemäß den Flexibilisierungsbestimmungen des SWP überprüfen.
- Ein Hindernis bei der Umsetzung der Regeln besteht vor allem dann, wenn **unterschiedliche Auslegungen der Vorgaben** möglich sind oder wenn es keine vollständige **Transparenz** gibt. Solche in einigen Teilbereichen bestehende Schwächen müssten durch **zusätzliche Transparenz seitens der EK** (v. a. in Bezug auf die Outputlücke und die Flexibilisierungsmechanismen) beseitigt werden. Die Effektivität **der Fiskalräte** hängt neben der Ressourcenausstattung und dem Informationszugang auf nationaler Ebene vom Wissen über Konzeption und Auslegung des EU-Regelwerks ab, das seitens der EK nur durch rechtzeitige Kommunikation gewährleistet werden kann.
- Der **Europäische Rechnungshof** spricht sich u. a. für **mehr Transparenz** und für eine **Bottom-up-Bewertung der (strukturellen) Budgetentwicklung durch die nationalen Fiskalräte** aus: „Die nationalen Räte für Finanzpolitik sollten in den EK-Bewertungsprozess einbezogen werden, indem sie zu einer unabhängigen Kontrolle der Zuverlässigkeit der Zahlen und Informationen aufgefordert werden, die die Finanzministerien bereitstellen und die die Europäische Kommission für ihre Analysen verwendet.“
- **Supranationale Regeln wie das EU-Fiskalregelwerk** dürfen **Präzisierungen und Flexibilisierungselemente** erfordern, sollten aber das Regelwerk nicht überfrachten. Die Regeln sollten nicht zu sehr ins Detail gehen. Insbesondere die **einzelnen Umsetzungsparameter** des mehrdimensionalen EU-Fiskalregelwerks könnten im Hinblick auf ihre Praktikabilität verbessert und auf ihre Notwendigkeit hinterfragt werden (z. B. Zu- und Abschläge bei der Ausgabenregel, 2-Jahresbetrachtungen, Anrechnungsmodus von Ausnahmeregelungen etc.).

Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und mögliche Alternativen

- Durch die Verabschiedung des **Österreichischen Stabilitätspakts (ÖStP) 2012** wurde den Verpflichtungen aus der Unterzeichnung des Fiskalpolitischen Pakts nachgekommen, das **mittelfristige Budgetziel** (strukturelles Budgetdefizit von maximal 0,45% des BIP ab 2017) sowie einen **Korrekturmechanismus in nationalem Recht zu verankern**.
- Die **vollständige Umsetzung des ÖStP 2012 ab dem Jahr 2017** sieht ein System nationaler Fis-

kalregeln für den Bund, die Länder und die Gemeinden pro Bundesland vor, das im Wesentlichen dem EU-Fiskalregelwerk entspricht und die Komplexität weiter erhöht. Die **Operationalisierung** und **Steuerung** dieser regionalen Fiskalregeln – v. a. der strukturellen Budgetregel und Ausgabenregel – ist insbesondere auf Gemeindeebene schwierig und aufwändig.

- Da die Legislativpakete der EU **keine Bestimmungen** vorsehen, denen zufolge das **EU-Fiskalregelwerk** zur Gänze auf **Subebenen des Staates** zu übertragen ist, bieten sich für Österreich auf regionaler Ebene **Fiskalregeln** an, die im Ergebnis die Einhaltung der EU-weiten Fiskalregeln gewährleisten und zugleich **den Administrationsaufwand** möglichst gering halten.
- Als **Lösungsansätze** für vereinfachte Fiskalregeln in Österreich für die Länder und Gemeinden eignen sich vorrangig die **Fokussierung auf eine nominelle Budgetregel** mit grundlegend ausgewogener Budgetausrichtung und eine **nominelle Ausgabenregel** auf Basis administrativer Budgetdaten:
 - Eine **nominelle Budgetregel nach ESVG 2010** mit grundlegend **ausgewogener Budgetausrichtung** könnte wie schon bisher als Zielwert für die Länder und Gemeinden dienen. In konjunkturell sehr schlechten (sehr guten) Zeiten in Österreich würden die Ziele gelockert (verschärft) und Kreditermächtigungen (Budgetüberschussvereinbarungen) für die einzelnen Länder und Gemeinden pro Bundesland koordiniert werden. Geeignete Mechanismen zur Operationalisierung sind noch zu entwickeln. Der **Schlüssel für die regionale Verteilung der Zielwerte** könnte vom gegenwärtigen System im **ÖStP 2012** übernommen werden. So wird die gesamtstaatliche **zyklische Budgetkomponente** in jenem Verhältnis auf die Gebietskörperschaften aufgeteilt, wie deren Anteile am MTO festgelegt wurden (Bund und SV-Träger: 78%; Länder und Gemeinden: 22%).
 - Eine **Ausgabenregel** könnte **auf Landesebene** (inkl. Wien) zur Feinsteuierung und Fokussierung ausgabenseitiger Konsolidierungsnotwendigkeiten dienen und sollte die **Kernhaushalte** unter Berücksichtigung **außerbudgetärer Einheiten** umfassen. Zusätzlich wäre (zumindest ex post) auf aussagekräftige **Überleitungstabellen** von den administrativen Daten zu den ESVG-2010-Daten seitens Statistik Austria zu achten.
 - Bei **Gemeinden** bietet sich ein geeignetes **Frühwarnsystem** auf Basis zeitnah verfügbarer Daten an, um Haushalte in Schieflage zu identifizieren und detaillierte Analysen von Seiten der **Gemeindeaufsicht** auf solche Haushalte zu konzentrieren.
- Jene Fiskalregeln, die auf einzelne Gebietskörperschaften abzielen, sollten als **integrierter Bestandteil des Budgeterstellungsprozesses** etabliert werden, um einen effektiven Beitrag zur Budgetsteuerung leisten zu können.
- Die **Gebarung** der **Sozialversicherungsträger** sollte bei den nationalen Fiskalregeln – wie bisher – dem Verantwortungsbereich der Bundesebene zugerechnet und einem entsprechenden Monitoring unterzogen werden. Mehr als ein Drittel der **Staatsausgaben** entfällt auf die Sozialversicherungsträger und ist folglich für die Einhaltung der gesamtstaatlichen Ausgabenregel des EU-Regelwerks von Bedeutung.
- Beim **nationalen Korrekturmekanismus** sollte darauf geachtet werden, dass dieser den EU-Vorgaben und EK-Grundprinzipien genügt.
- Eine Gesamtbeurteilung der **Länder-Gemeinde-Transferverflechtung** und auch eine adäquate **statistische Erfassung** der **regionalen Staatsausgaben in Österreich** in der ESVG-2010-Abgrenzung ist gegenwärtig mehrfach durch fehlende Differenzierungen in den Rechnungslegungsvorschriften, unterschiedliche Verbuchungspraktiken in den einzelnen Bundesländern sowie unterschiedliche Trägerschaften bei einzelnen Aufgaben (Landesfonds, Gemeindeverbände, ausgelagerte Gesellschaften) eingeschränkt und sollte möglichst rasch verbessert werden. Dazu zählen:

- Verfügbarkeit einer **homogenen Datenbasis** insbesondere für die **einzelnen Länder** und die **Gemeinden pro Bundesland** i. S. des ESVG 2010. Mittelfristig sollte durch die **Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015** (VRV; BGBI. II Nr. 313/2015), die für die Länder und größeren Gemeinden ab dem Jahr 2019 und für kleinere Gemeinden ab dem Jahr 2020 in Kraft tritt, die Datenqualität verbessert werden können, sofern im Rahmen dieser **Umstellung auch die Buchungspraxis** in den einzelnen Ländern harmonisiert wird.
- Im Bereich der **ausgelagerten Staatseinheiten** ist die Budgetsteuerung zu integrieren und zu vereinfachen (z. B. durch „Rekommunalisierung“) sowie die Anknüpfungsmöglichkeiten für Kontrollmechanismen (Gemeinderat, Gemeindeaufsicht) durch die integrierte Budgetierung zu verbreitern.
- Die rechtlich definierten **Aufgaben der verschiedenen Kontroll- und Monitoringorganisationen** zu erleichtern, indem insbesondere folgende Verbesserungen angestrebt werden:
 - **Sicherstellung des Informations- und Datenzugangs** für politische oder aufsichtsrechtliche Organe über jene Einheiten, die in den jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallen.
 - Maßnahmen der **Gemeindeaufsicht** zur **Sicherstellung** der Einhaltung der Fiskalregeln auf Gemeindeebene pro Bundesland.
 - **Erhöhung der Transparenz** durch vollständige Umsetzung der „**Transparenzdatenbank**“ für den privaten Sektor sowie durch vordefinierte, veröffentlichte Verteilungsschlüsseln und bessere Erfassung der **Transferverflechtungen zwischen** den Gebietskörperschaften.
 - **Frühzeitige Information an den Fiskalrat** über die an die EU zu übermittelnden Budgetpläne Österreichs (Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung im Oktober bzw. Stabilitätsprogramm im April). Dem **FISK** sollte insbesondere eine Rolle in der **Ex-ante-Beurteilung der öffentlichen Fiskalposition** zukommen. Auch sollte ein „**Comply-or-explain-Prinzip**“ bei Vorliegen von Umständen, die den **Korrekturmechanismus** aktivieren oder verlängern, rechtlich verankert werden.

A 2 FISKALINDIKATOREN

Öffentlicher Budgetsaldo nach Sektoren¹⁾

	Bundessektor		Länder und Gemeinden		SV-Träger		Staat insgesamt	
	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP
2000	-3.797	-1,8	-410	-0,2	-260	-0,1	-4.407	-2,1
2001	-1.880	-0,9	420	0,2	4	0,0	-1.452	-0,7
2002	-3.042	-1,3	-330	-0,1	-86	0,0	-3.204	-1,4
2003	-4.071	-1,8	120	0,0	-129	-0,1	-4.228	-1,8
2004	-11.171	-4,6	-154	-0,1	-201	-0,1	-11.727	-4,9
2005	-6.194	-2,4	352	0,1	-60	0,0	-6.455	-2,6
2006	-5.865	-2,2	-364	-0,2	-3	0,0	-6.866	-2,6
2007	-3.230	-1,1	101	0,0	-254	-0,1	-3.926	-1,4
2008	-3.982	-1,4	-216	-0,1	147	0,1	-4.469	-1,5
2009	-12.412	-4,3	-2.914	-1,0	202	0,1	-15.427	-5,4
2010	-9.822	-3,3	-3.643	-1,2	553	0,2	-13.177	-4,5
2011	-7.147	-2,3	-1.478	-0,5	633	0,2	-7.992	-2,6
2012	-6.881	-2,2	-708	-0,2	542	0,2	-7.046	-2,2
2013	-4.581	-1,4	-246	-0,1	418	0,1	-4.409	-1,4
2014	-9.326	-2,8	-31	0,0	302	0,1	-9.055	-2,7
2015	-3.988	-1,2	180	0,1	266	0,1	-3.543	-1,0
2016							-5.244	-1,5
2017							-4.565	-1,3

1) 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

Quelle: Statistik Austria, WIFO (BIP) und FISK-Herbstprognose (2016 und 2017).

Öffentliche Verschuldung¹⁾ nach Sektoren

	Bundessektor ²⁾		Länder und Gemeinden		SV-Träger		Staat insgesamt	
	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP
2000	128.215	60,1	11.325	5,3	880	0,4	140.420	65,9
2001	132.000	60,0	13.300	6,0	1.029	0,5	146.328	66,5
2002	137.712	60,9	11.478	5,1	1.280	0,6	150.470	66,5
2003	139.751	60,5	11.003	4,8	1.109	0,5	151.862	65,7
2004	143.697	59,5	12.061	5,0	1.402	0,6	157.160	65,1
2005	157.081	62,1	14.731	5,8	1.767	0,7	173.578	68,6
2006	161.165	60,5	16.418	6,2	1.861	0,7	179.444	67,3
2007	164.108	58,1	18.389	6,5	1.352	0,5	183.849	65,1
2008	178.724	61,2	20.544	7,0	1.716	0,6	200.984	68,8
2009	201.488	70,4	25.183	8,8	2.554	0,9	229.225	80,1
2010	210.909	71,6	31.011	10,5	1.951	0,7	243.871	82,8
2011	219.155	71,0	33.912	11,0	1.791	0,6	254.858	82,6
2012	225.125	71,0	33.216	10,5	1.750	0,6	260.091	82,0
2013	227.891	70,7	32.719	10,1	1.690	0,5	262.300	81,3
2014	244.188	73,9	33.406	10,1	1.325	0,4	278.919	84,4
2015	254.725	74,9	34.363	10,1	1.674	0,5	290.762	85,5
2016							289.839	82,3
2017							291.360	80,3

1) Gemäß Maastricht (EU-VO Nr. 220/2014).

2) Inklusive Rechtsträgerfinanzierung.

Quelle: Statistik Austria, WIFO (BIP) und FISK-Herbstprognose (2016 und 2017).

A 2 FISKALINDIKATOREN (Fortsetzung)

Budget-, Primärsaldo, Zinszahlungen und struktureller Budgetsaldo des Staates

	Budgetsaldo ¹⁾		Zinszahlungen ¹⁾		Primärsaldo ¹⁾		Struktureller Budgetsaldo	
	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP	laut FISK	laut EK ²⁾
2000	-4.407	-2,1	7.608	3,6	3.201	1,5	-3,1	.
2001	-1.452	-0,7	7.953	3,6	6.501	3,0	-1,0	.
2002	-3.204	-1,4	7.810	3,5	4.606	2,0	-1,5	.
2003	-4.228	-1,8	7.373	3,2	3.146	1,4	-1,1	.
2004	-11.727	-4,9	7.284	3,0	-4.444	-1,8	-4,4	.
2005	-6.455	-2,6	8.184	3,2	1.728	0,7	-2,1	.
2006	-6.866	-2,6	8.393	3,1	1.528	0,6	-2,8	.
2007	-3.926	-1,4	8.896	3,2	4.970	1,8	-2,7	.
2008	-4.469	-1,5	8.648	3,0	4.179	1,4	-2,8	.
2009	-15.427	-5,4	9.041	3,2	-6.386	-2,2	-3,0	.
2010	-13.177	-4,5	8.548	2,9	-4.629	-1,6	-3,4	-3,3
2011	-7.992	-2,6	8.620	2,8	627	0,2	-2,6	-2,6
2012	-7.046	-2,2	8.627	2,7	1.581	0,5	-1,9	-1,9
2013	-4.409	-1,4	8.408	2,6	3.998	1,2	-1,2	-1,2
2014	-9.055	-2,7	8.151	2,5	-904	-0,3	-0,7	-0,7
2015	-3.543	-1,0	8.059	2,4	4.516	1,3	0,1	0,0
2016	-5.244	-1,5	7.443	2,1	2.199	0,6	-1,1	-1,0
2017	-4.565	-1,3	6.584	1,8	2.019	0,6	-1,0	-0,9

1) 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Herbstprognose 2016 der EU-Kommission.

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO (BIP), EU-Kommission und FISK-Herbstprognose (2016 und 2017).

Ausgaben, Einnahmen und Abgabenquote des Staates

	Staatsausgaben ^{1) 2)}		Staatseinnahmen ¹⁾		Abgabenquote		
	Mio EUR	% des BIP	Mio EUR	% des BIP	national ³⁾	international ⁴⁾	
2000	108.201	50,8	103.793	48,7	42,6	43,9	
2001	113.255	51,5	111.803	50,8	44,2	45,4	
2002	115.759	51,2	112.556	49,7	43,0	44,2	
2003	118.878	51,5	114.651	49,6	42,8	44,0	
2004	130.152	53,9	118.424	49,0	42,3	43,5	
2005	129.970	51,4	123.515	48,8	41,4	42,4	
2006	134.925	50,6	128.059	48,1	40,8	41,7	
2007	139.836	49,5	135.910	48,1	40,9	41,8	
2008	146.502	50,2	142.033	48,7	41,8	42,6	
2009	155.950	54,5	140.523	49,1	41,4	42,3	
2010	156.338	53,1	143.161	48,6	41,3	42,1	
2011	157.831	51,1	149.838	48,5	41,4	42,2	
2012	163.174	51,5	156.128	49,2	42,1	42,8	
2013	165.257	51,2	160.848	49,9	42,9	43,6	
2014	174.313	52,8	165.259	50,0	43,1	43,8	
2015	175.412	51,6	171.869	50,6	43,8	44,4	
2016	178.475	50,7	173.231	49,2	42,5	43,1	
2017	182.714	50,3	178.150	49,1	42,5	43,1	

1) Zinsaufwand ohne Berücksichtigung von Derivaten (Swaps).

2) 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

3) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (Pflichtbeiträge); ESVG-Codes: D2+D5+D611+D91-D995) einschließlich EU-Eigenmittel.

4) Nationale Abgabenquote zuzüglich imputierte Sozialversicherungsbeiträge.

Quelle: Statistik Austria, WIFO (BIP), FISK-Herbstprognose (2016 und 2017).

A 2 FISKALINDIKATOREN (Fortsetzung)

Struktur der Staatsausgaben und -einnahmen nach Teilsektoren 2014 (unkonsolidiert)¹⁾

2014	Bundesebene		Landesebene		Gemeinden		SV-Träger		Staat	
	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %
A u s g a b e n										
Vorleistungen	8.970	42,1	4.845	22,7	6.576	30,9	922	4,3	21.313	100,0
Arbeitnehmerentgelt	14.273	40,4	10.544	29,8	8.673	24,5	1.851	5,2	35.342	100,0
Gezahlte Steuern ²⁾	668	40,5	509	30,9	408	24,7	63	3,8	1.648	100,0
Sach- und Personalaufwand	23.911	41,0	15.899	27,3	15.657	26,9	2.836	4,9	58.303	100,0
Monetäre Sozialleistungen	18.053	28,4	3.325	5,2	2.350	3,7	39.916	62,7	63.645	100,0
Soziale Sachleistungen ³⁾	508	3,9	1.880	14,5	1.580	12,2	8.982	69,4	12.950	100,0
Sonstige laufende Transfers ⁴⁾	4.587	52,9	2.346	27,1	1.681	19,4	53	0,6	8.666	100,0
Transfers an private Haushalte	23.149	27,2	7.551	8,9	5.610	6,6	48.951	57,4	85.261	100,0
Subventionen	3.101	66,6	913	19,6	516	11,1	124	2,7	4.654	100,0
Vermögenstransfers ⁴⁾	6.410	78,0	965	11,7	836	10,2	7	0,1	8.218	100,0
Transfers an Marktproduzenten	9.511	73,9	1.879	14,6	1.352	10,5	131	1,0	12.873	100,0
Intergovernmentale Transfers	48.669	80,8	3.483	5,8	2.803	4,7	5.282	8,8	60.237	100,0
Zinsen für die Staatsschuld ⁵⁾	7.636	93,6	423	5,2	97	1,2	2	0,0	8.158	100,0
Bruttoinvestitionen	5.266	53,5	1.529	15,5	2.885	29,3	166	1,7	9.845	100,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ⁶⁾	-30	24,0	-30	23,7	-65	51,3	-1	1,0	-126	100,0
Sonstige Ausgaben	12.872	72,0	1.921	10,7	2.917	16,3	166	0,9	17.877	100,0
A u s g a b e n i n s g e s a m t	118.111	50,4	30.733	13,1	28.340	12,1	57.366	24,5	234.551	100,0
E i n n a h m e n										
Produktions- und Importabgaben	43.185	90,4	498	1,0	4.105	8,6	0	0,0	47.789	100,0
Einkommen- und Vermögensteuern	44.529	97,3	1.175	2,6	71	0,2	0	0,0	45.775	100,0
Steuern	87.714	93,7	1.672	1,8	4.176	4,5	0	0,0	93.563	100,0
Tatsächliche Sozialbeiträge	7.284	15,0	500	1,0	265	0,5	40.572	83,4	48.621	100,0
Unterstellte Sozialbeiträge ⁷⁾	869	45,5	607	31,7	385	20,1	51	2,6	1.912	100,0
Sozialbeiträge	8.154	16,1	1.106	2,2	650	1,3	40.623	80,4	50.532	100,0
Intergovernmentale Transfers	1.445	2,4	24.798	41,2	17.480	29,0	16.515	27,4	60.237	100,0
Produktionserlöse ⁸⁾	7.524	53,4	2.160	15,3	4.293	30,5	117	0,8	14.094	100,0
Vermögenseinkommen	1.884	54,1	807	23,2	662	19,0	130	3,7	3.483	100,0
Transfers ⁴⁾ ⁹⁾	2.064	57,6	267	7,4	973	27,1	283	7,9	3.586	100,0
Sonstige Einnahmen	11.472	54,2	3.233	15,3	5.927	28,0	531	2,5	21.163	100,0
E i n n a h m e n i n s g e s a m t	108.785	48,2	30.810	13,7	28.233	12,5	57.669	25,6	225.496	100,0
F i n a n z i e r u n g s s a l d o	-9.326	.	76	.	-107	.	302	.	-9.055	.

1) Gemäß ESVG 2010.

2) Produktions- und Importabgaben (D2) und Einkommen- und Vermögensteuern (D5).

3) Von Marktproduzenten erbrachte soziale Sachleistungen. Die übrigen sozialen Sachleistungen sind in P2 (Vorleistungen) enthalten.

4) Ohne Transfers zwischen den öffentlichen Rechtsträgern (intergovernmentale Transfers).

5) Zinsaufwand für die Staatsschuld ohne Berücksichtigung von derivativen Geschäften (Swaps).

6) Erwerb minus Verkauf von Liegenschaften.

7) Unterstellter Pensionsbeitrag des Staates für die Beamten.

8) Marktproduktion (P11), Produktion für die Eigenverwendung (P12) und Zahlungen für sonstige Nichtmarktproduktion (P131).

9) Sonstige laufende Transfers (D7) und Vermögenstransfers (D9) ohne intergovernmentale Transfers.

Quelle: Statistik Austria (Oktober 2016).

A 2 FISKALINDIKATOREN (Fortsetzung)

Struktur der Staatsausgaben und -einnahmen nach Teilsektoren 2015 (unkonsolidiert)¹⁾

2015	Bundesebene		Landesebene		Gemeinden		SV-Träger		Staat	
	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %	Mio EUR	Anteil in %
A u s g a b e n										
Vorleistungen	9.143	41,9	4.923	22,6	6.801	31,2	958	4,4	21.825	100,0
Arbeitnehmerentgelt	14.802	40,4	10.991	30,0	8.972	24,5	1.875	5,1	36.640	100,0
Gezahlte Steuern ²⁾	695	40,2	548	31,7	422	24,4	64	3,7	1.728	100,0
Sach- und Personalaufwand	24.640	40,9	16.462	27,3	16.195	26,9	2.897	4,8	60.194	100,0
Monetäre Sozialleistungen	18.691	28,6	3.374	5,2	2.460	3,8	40.804	62,5	65.328	100,0
Soziale Sachleistungen³⁾	604	4,4	2.026	14,8	1.667	12,2	9.424	68,7	13.721	100,0
Sonstige laufende Transfers ⁴⁾	4.855	52,9	2.513	27,4	1.756	19,1	54	0,6	9.177	100,0
Transfers an private Haushalte	24.149	27,4	7.913	9,0	5.883	6,7	50.282	57,0	88.226	100,0
Subventionen	3.179	67,9	889	19,0	486	10,4	127	2,7	4.680	100,0
Vermögenstransfers ⁴⁾	2.591	59,4	881	20,2	880	20,2	7	0,2	4.359	100,0
Transfers an Marktproduzenten	5.770	63,8	1.770	19,6	1.366	15,1	134	1,5	9.040	100,0
Intergovernmentale Transfers	49.973	80,6	3.575	5,8	2.961	4,8	5.480	8,8	61.989	100,0
Zinsen für die Staatsschuld ⁵⁾	7.615	94,3	380	4,7	78	1,0	2	0,0	8.075	100,0
Bruttoinvestitionen	5.410	54,5	1.419	14,3	2.932	29,5	172	1,7	9.934	100,0
Nettuzugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ⁶⁾	-23	40,5	-16	29,0	-17	30,6	0	0,0	-56	100,0
Sonstige Ausgaben	13.003	72,4	1.783	9,9	2.993	16,7	174	1,0	17.952	100,0
A u s g a b e n i n s g e s a m t	117.534	49,5	31.502	13,3	29.398	12,4	58.966	24,8	237.401	100,0
 E i n n a h m e n										
Produktions- und Importabgaben	44.526	90,6	485	1,0	4.140	8,4	0	0,0	49.151	100,0
Einkommen- und Vermögensteuern	47.658	97,5	1.174	2,4	71	0,1	0	0,0	48.903	100,0
Steuern	92.184	94,0	1.659	1,7	4.211	4,3	0	0,0	98.054	100,0
Tatsächliche Sozialbeiträge	7.547	15,0	514	1,0	266	0,5	42.050	83,5	50.377	100,0
Unterstellte Sozialbeiträge ⁷⁾	874	45,8	604	31,6	383	20,1	48	2,5	1.909	100,0
Sozialbeiträge	8.421	16,1	1.118	2,1	650	1,2	42.098	80,5	52.286	100,0
Intergovernmentale Transfers	1.280	2,1	25.757	41,6	18.352	29,6	16.600	26,8	61.989	100,0
Produktionserlöse ⁸⁾	7.804	53,7	2.199	15,1	4.417	30,4	118	0,8	14.539	100,0
Vermögenseinkommen	1.788	54,3	735	22,3	643	19,5	129	3,9	3.294	100,0
Transfers ⁴⁾ ⁹⁾	2.069	56,0	232	6,3	1.108	30,0	286	7,7	3.695	100,0
Sonstige Einnahmen	11.661	54,2	3.166	14,7	6.169	28,7	533	2,5	21.529	100,0
E i n n a h m e n i n s g e s a m t	113.546	48,6	31.699	13,6	29.382	12,6	59.232	25,3	233.858	100,0
F i n a n z i e r u n g s s a l d o	-3.988	.	196	.	-17	.	266	.	-3.543	.

1) Gemäß ESVG 2010.

2) Produktions- und Importabgaben (D2) und Einkommen- und Vermögensteuern (D5).

3) Von Marktproduzenten erbrachte soziale Sachleistungen. Die übrigen sozialen Sachleistungen sind in P2 (Vorleistungen) enthalten.

4) Ohne Transfers zwischen den öffentlichen Rechtsträgern (intergovernmentale Transfers).

5) Zinsaufwand für die Staatsschuld ohne Berücksichtigung von derivativen Geschäften (Swaps).

6) Erwerb minus Verkauf von Liegenschaften.

7) Unterstellter Pensionsbeitrag des Staates für die Beamten.

8) Marktproduktion (P11), Produktion für die Eigenverwendung (P12) und Zahlungen für sonstige Nichtmarktproduktion (P131).

9) Sonstige laufende Transfers (D7) und Vermögenstransfers (D9) ohne intergovernmentale Transfers.

Quelle: Statistik Austria (Oktober 2016).

A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD¹⁾ UND NETTODEFIZIT DES BUNDES

	Euroschuld ²⁾			FW-Schuld ³⁾		Gesamt		Euroschuld ²⁾			FW-Schuld ³⁾		Gesamt	Finanz-	Netto-
	Nettoveränderung							Stand		Jahresende				schuld	defizit
	Mio EUR	%	Mio EUR	%	Mio EUR	%	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	% des BIP		
1970	182	8,1	53	5,7	252	8,0	2.441	980	3.421	12,5	984	4.462	12,5	0,6	
1971	82	3,4	-99	-10,1	-16	-0,5	2.523	882	3.405	11,2	882	3.405	11,2	0,4	
1972	352	13,9	-133	-15,1	219	6,4	2.875	749	3.623	10,4	749	3.623	10,4	0,3	
1973	558	19,4	-93	-12,5	465	12,8	3.432	655	4.088	10,4	655	4.088	10,4	1,3	
1974	45	1,3	329	50,1	374	9,1	3.478	984	4.462	9,9	984	4.462	9,9	1,9	
1975	1.486	42,7	1.346	136,8	2.832	63,5	4.964	2.330	7.294	15,3	2.330	7.294	15,3	4,5	
1976	2.218	44,7	210	9,0	2.428	33,3	7.182	2.540	9.722	17,5	7.182	2.540	17,5	4,5	
1977	1.332	18,5	906	35,7	2.238	23,0	8.514	3.447	11.961	19,5	8.514	3.447	19,5	3,6	
1978	1.598	18,8	916	26,6	2.513	21,0	10.112	4.362	14.474	22,3	10.112	4.362	22,3	4,1	
1979	2.042	20,2	264	6,0	2.306	15,9	12.154	4.626	16.780	23,6	12.154	4.626	23,6	3,4	
1980	182	1,5	653	14,1	2.201	13,1	13.702	5.279	18.981	24,9	13.702	5.279	24,9	2,9	
1981	885	6,5	1.593	30,2	2.478	13,1	14.586	6.872	21.459	26,4	14.586	6.872	26,4	2,5	
1982	2.363	16,2	1.002	14,6	3.365	15,7	16.950	7.874	24.824	28,4	16.950	7.874	28,4	4,0	
1983	4.169	24,6	1.253	15,9	5.422	21,8	21.119	9.127	30.246	32,5	21.119	9.127	32,5	5,3	
1984	4.377	20,7	-482	-5,3	3.895	12,9	25.496	8.645	34.141	34,9	25.496	8.645	34,9	4,4	
1985	4.075	16,0	-17	-0,2	4.057	11,9	29.570	8.628	38.198	37,0	29.570	8.628	37,0	4,4	
1986	6.204	21,0	428	5,0	6.632	17,4	35.774	9.055	44.830	41,2	35.774	9.055	41,2	5,1	
1987	5.852	16,4	10	0,1	5.862	13,1	41.626	9.065	50.691	44,9	41.626	9.065	44,9	4,7	
1988	3.131	7,5	441	4,9	3.572	7,0	44.757	9.506	54.263	45,8	44.757	9.506	45,8	4,1	
1989	4.249	9,5	-361	-3,8	3.888	7,2	49.006	9.145	58.150	45,9	49.006	9.145	45,9	3,6	
1990	3.773	7,7	692	7,6	4.465	7,7	52.779	9.837	62.616	46,0	52.779	9.837	46,0	3,4	
1991	4.581	8,7	952	9,7	5.533	8,8	57.360	10.789	68.149	46,7	57.360	10.789	46,7	3,1	
1992	2.221	3,9	1.721	16,0	3.942	5,8	59.581	12.510	72.091	46,8	59.581	12.510	46,8	3,1	
1993	5.471	9,2	2.959	23,7	8.430	11,7	65.052	15.469	80.521	50,6	65.052	15.469	50,6	4,5	
1994	5.052	7,8	3.494	22,6	8.547	10,6	70.104	18.963	89.068	53,3	70.104	18.963	53,3	4,6	
1995	6.295	9,0	2.193	11,6	8.488	9,5	76.400	21.156	97.556	55,4	76.400	21.156	55,4	4,9	
1996	3.602	4,7	356	1,7	3.958	4,1	80.001	21.512	101.514	55,7	80.001	21.512	55,7	3,6	
1997	5.099	6,4	647	3,0	5.746	5,7	85.100	22.160	107.260	57,0	85.100	22.160	57,0	2,6	
1998	-1.366	-1,6	5.709	25,8	4.343	4,0	83.734	27.869	111.603	57,0	83.734	27.869	57,0	2,5	
1998 ⁴⁾							97.939	13.664	111.603	57,0	97.939	13.664	57,0	2,5	
1999	3.257	3,3	3.115	22,8	6.372	5,7	101.196	16.778	117.974	58,0	101.196	16.778	58,0	2,4	
2000	2.788	2,8	-56	-0,3	2.731	2,3	103.984	16.722	120.705	56,6	103.984	16.722	56,6	1,3	
2001	1.236	1,2	-529	-3,2	707	0,6	105.220	16.193	121.413	55,2	105.220	16.193	55,2	0,6	
2002	3.028	2,9	-487	-3,0	2.541	2,1	108.248	15.705	123.953	54,8	108.248	15.705	54,8	1,1	
2003	4.730	4,4	-1.806	-11,5	2.924	2,4	112.979	13.899	126.878	54,9	112.979	13.899	54,9	1,5	
2004	9.460	8,4	-787	-5,7	8.673	6,8	122.439	13.112	135.550	56,1	122.439	13.112	56,1	1,9	
2005	7.256	5,9	-1.477	-11,3	5.779	4,3	129.694	11.635	141.329	55,9	129.694	11.635	55,9	1,8	
2006	7.252	5,6	-3.316	-28,5	3.936	2,8	136.946	8.319	145.265	54,5	136.946	8.319	54,5	1,7	
2007	3.136	2,3	-1.025	-12,3	2.111	1,5	140.082	7.294	147.376	52,2	140.082	7.294	52,2	1,0	
2008	14.019	10,0	576	7,9	14.595	9,9	154.102	7.869	161.971	55,5	154.102	7.869	55,5	3,3	
2009	9.521	6,2	-2.777	-35,3	6.744	4,2	163.623	5.092	168.715	59,0	163.623	5.092	59,0	2,5	
2010	9.291	5,7	-1.236	-24,3	8.055	4,8	172.914	3.856	176.770	60,0	172.914	3.856	60,0	2,7	
2011	7.637	4,4	-1.232	-31,9	6.405	3,6	180.551	2.624	183.176	59,4	180.551	2.624	59,4	1,4	
2012	8.999	5,0	-2.624	-100,0	6.375	3,5	189.550	-	189.550	59,8	189.550	-	59,8	2,2	
2013	4.392	2,3	-	-	4.392	2,3	193.942	-	193.942	60,1	193.942	-	60,1	1,3	
2014	2.269	1,2	-	-	2.269	1,2	196.211	-	196.211	59,4	196.211	-	59,4	1,0	
2015	2.901	1,5	-	-	2.901	1,5	199.113	-	199.113	58,6	199.113	-	58,6	0,5	

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahreszeitpunkts.

4) Rückrechnung.

A 4 AUFWAND FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES¹⁾

Zinsen-, Tilgungs- und sonstiger Aufwand (in Mio EUR)

in Mio EUR	Zinsen	Sonstiger Aufwand ²⁾	Summe	Tilgung	Aufwand insgesamt
1970	198	16	214	362	576
1971	213	22	235	440	675
1972	218	24	242	454	696
1973	235	26	261	412	673
1974	265	15	280	500	780
1975	343	85	428	545	973
1976	572	84	656	780	1.436
1977	717	64	781	871	1.652
1978	937	65	1.002	1.146	2.148
1979	1.089	55	1.144	1.307	2.451
1980	1.239	56	1.294	1.321	2.615
1981	1.460	49	1.509	1.756	3.265
1982	1.798	69	1.867	1.832	3.699
1983	1.913	78	1.991	1.857	3.848
1984	2.363	90	2.453	2.386	4.839
1985	2.666	96	2.761	2.301	5.062
1986	2.952	106	3.058	2.444	5.502
1987	3.427	93	3.519	2.551	6.070
1988	3.653	107	3.760	2.853	6.613
1989	3.865	93	3.958	2.522	6.480
1990	4.305	99	4.404	2.392	6.796
1991	4.829	117	4.946	2.376	7.322
1992	5.230	121	5.351	3.068	8.418
1993	5.464	48	5.512	3.986	9.498
1994	5.476	153	5.629	4.875	10.504
1995	5.946	164	6.109	8.617	14.726
1996	6.259	175	6.434	7.820	14.254
1997	6.381	67	6.448	6.982	13.430
1998	6.549	-295	6.254	10.995	17.249
1999	6.641	4	6.646	11.559	18.205
2000	6.761	231	6.993	13.320	20.313
2001	6.560	-96	6.463	11.357	17.820
2002	6.577	-9	6.569	14.435	21.003
2003	6.302	-46	6.256	16.269	22.525
2004	6.362	-131	6.231	15.056	21.288
2005	6.789	-323	6.466	19.561	26.027
2006	6.920	-75	6.846	18.076	24.922
2007	6.642	114	6.757	19.935	26.691
2008	6.632	70	6.702	10.421	17.123
2009	6.749	-30	6.718	25.264	31.983
2010	6.938	-1.209	5.729	17.426	23.155
2011	7.202	-397	6.805	14.580	21.385
2012	7.533	-917	6.615	19.301	25.916
2013	7.303	-907	6.397	22.779	29.176
2014	7.308	-605	6.703	25.757	32.460
2015	6.732	-1.482	5.251	20.254	25.504

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998. Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkategorien.

Seit 2013 gemäß Finanzierungsrechnung.

2) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Mio EUR)

Euroschuld ²⁾									
	Titrierte Euroschiuld				Nicht titrierte Euroschiuld				Summe Euroschiuld
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonst. Kredite	Noten- bank- schuld	
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527 13.702
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951 14.586
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748 16.950
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542 21.119
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116 25.496
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990 29.570
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.885	28	87	15.924 35.774
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686 41.626
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335 44.757
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274 49.006
1990	15.530	8.364	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479 52.779
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275 57.360
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571 59.581
1993	28.718	6.222	8.801	43.742	6.057	15.212	5	37	21.310 65.052
1994	34.274	5.428	8.820	48.522	7.055	14.397	88	43	21.583 70.104
1995	39.788	4.885	7.870	52.543	9.065	14.788	4	-	23.857 76.400
1996	43.951	4.182	7.934	56.066	10.514	13.417	3	-	23.935 80.001
1997	50.588	2.478	9.126	62.192	10.358	12.547	3	-	22.908 85.100
1998	55.935	1.602	5.943	63.480	9.883	10.324	47	-	20.254 83.734
1998 ³⁾	68.120	1.482	7.631	77.233	9.883	10.776	47	-	20.706 97.939
1999	75.095	1.294	5.988	82.377	9.382	9.196	241	-	18.819 101.196
2000	79.796	856	5.241	85.892	8.928	9.161	2	-	18.092 103.984
2001	85.532	1.461	1.585	88.578	8.302	8.339	2	-	16.642 105.220
2002	90.470	951	681	92.103	7.586	7.458	1.101	-	16.146 108.248
2003	96.744	835	608	98.187	6.863	6.802	1.127	-	14.792 112.979
2004	104.647	1.718	692	107.057	6.065	8.541	776	-	15.382 122.439
2005	108.813	3.336	264	112.412	4.919	11.938	426	-	17.282 129.694
2006	115.711	5.441	256	121.407	3.134	12.357	48	-	15.539 136.946
2007	121.478	4.357	639	126.475	2.099	11.508	1	-	13.608 140.082
2008	129.339	3.607	8.198	141.144	1.828	10.921	208	-	12.958 154.102
2009	140.922	2.648	6.016	149.587	1.626	12.346	65	-	14.037 163.623
2010	152.323	2.503	4.274	159.100	1.197	12.612	5	-	13.815 172.914
2011	160.194	2.203	3.894	166.291	1.026	13.180	55	-	14.261 180.551
2012	168.367	1.953	4.796	175.116	961	13.464	10	-	14.434 189.550
2013	173.212	1.618	5.151	179.982	912	13.038	10	-	13.960 193.942
2014	173.899	1.618	6.656	182.174	892	13.135	10	-	14.037 196.211
2015	179.092	1.384	4.780	185.256	892	12.955	10	-	13.857 199.113

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Mio EUR)

Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamtschuld					
Titrierte FW-Schuld					Eigenbesitz					
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe	Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	bereinigt	in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	unbereinigt
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.459	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.055	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.065	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.145	58.150	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.521	77	-	77	80.598
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.068	202	-	202	89.269
1995	18.308	861	19.170	1.986	21.156	97.556	178	401	579	98.134
1996	18.955	916	19.871	1.642	21.512	101.514	1.440	33	1.473	102.987
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	107.260	1.436	-	1.436	108.696
1998	24.169	2.264	26.433	1.436	27.869	111.603	1.986	718	2.704	114.307
1998 ³⁾	11.983	696	12.679	984	13.664	111.603	2.674	30	2.704	114.307
1999	14.722	800	15.523	1.256	16.778	117.974	4.822	40	4.862	122.836
2000	14.717	892	15.609	1.113	16.722	120.705	6.239	38	6.277	126.983
2001	14.356	805	15.161	1.032	16.193	121.413	7.451	35	7.486	128.898
2002	13.976	773	14.748	957	15.705	123.953	8.200	33	8.233	132.187
2003	12.414	715	13.129	770	13.899	126.878	9.043	30	9.073	135.951
2004	11.908	703	12.611	501	13.112	135.550	9.309	29	9.338	144.889
2005	10.572	703	11.275	360	11.635	141.329	9.976	-	9.976	151.305
2006	7.678	385	8.064	255	8.319	145.265	10.020	-	10.020	155.285
2007	6.806	367	7.173	121	7.294	147.376	9.924	-	9.924	157.301
2008	7.231	480	7.711	159	7.869	161.971	5.952	-	5.952	167.923
2009	4.638	454	5.092	-	5.092	168.715	9.362	-	9.362	178.077
2010	3.580	276	3.856	-	3.856	176.770	9.972	-	9.972	186.742
2011	2.525	100	2.624	-	2.624	183.176	10.435	-	10.435	193.610
2012	-	-	-	-	-	189.550	12.121	-	12.121	201.671
2013	-	-	-	-	-	193.942	13.691	-	13.691	207.633
2014	-	-	-	-	-	196.211	11.431	-	11.431	207.642
2015	-	-	-	-	-	199.113	11.427	-	11.427	210.539

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultatos.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Jahren)

Euroschuld ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild				Summe Euroschild
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	
1998	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9 5,9
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4 6,1
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8 5,9
2001	5,8	5,4	2,1	5,8	4,4	5,8	4,1	-	5,1 5,7
2002	5,7	6,9	12,4	5,8	3,7	5,8	0,8	-	4,5 5,6
2003	6,5	8,8	7,0	6,5	3,2	5,4	1,2	-	4,1 6,2
2004	6,8	7,5	5,8	6,8	2,6	7,9	1,1	-	5,5 6,7
2005	7,3	10,0	12,5	7,4	2,3	15,5	0,8	-	11,4 7,9
2006	7,6	6,1	25,5	7,6	2,5	17,9	0,6	-	14,7 8,4
2007	8,6	6,6	24,5	8,6	2,6	19,5	2,3	-	16,9 9,4
2008	7,9	7,1	6,3	7,8	4,5	20,2	0,1	-	17,7 8,6
2009	7,8	8,4	4,3	7,7	7,8	19,7	0,2	-	18,2 8,6
2010	7,6	7,6	4,4	7,5	9,6	19,5	0,4	-	18,6 8,4
2011	7,4	7,5	4,5	7,3	10,9	19,7	0,1	-	19,0 8,2
2012	7,9	7,4	3,0	7,7	10,6	18,5	10,0	-	17,9 8,5
2013	8,1	7,9	2,8	7,9	9,8	18,5	9,2	-	18,0 8,6
2014	8,3	6,9	2,1	8,0	8,7	17,4	8,3	-	16,9 8,7
2015	8,0	6,9	2,3	7,8	7,7	16,8	7,7	-	16,2 8,4

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in %)

Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild				Summe Euroschild
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	
1998	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4 5,9
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4 5,6
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5 5,7
2001	5,3	6,2	3,7	5,3	6,6	6,2	0,1	-	6,4 5,5
2002	5,2	6,2	2,5	5,2	6,6	5,9	2,9	-	6,1 5,3
2003	4,9	6,4	2,2	4,9	6,6	5,8	2,2	-	5,9 5,1
2004	4,9	4,8	2,5	4,8	6,7	5,5	2,2	-	5,8 5,0
2005	4,7	4,1	2,2	4,7	6,7	4,7	2,5	-	5,2 4,8
2006	4,6	3,2	3,2	4,5	6,7	4,5	3,4	-	4,9 4,5
2007	4,4	3,7	4,2	4,4	6,6	4,4	2,4	-	4,7 4,4
2008	4,4	3,7	2,8	4,3	6,3	4,2	1,8	-	4,5 4,3
2009	4,3	3,9	1,0	4,2	5,5	4,1	0,9	-	4,3 4,2
2010	4,2	3,9	0,8	4,1	5,0	4,1	0,7	-	4,1 4,1
2011	4,1	3,7	1,3	4,1	4,5	4,0	0,5	-	4,1 4,1
2012	4,0	3,7	0,1	3,9	4,4	3,8	2,6	-	3,9 3,9
2013	3,8	3,7	0,1	3,7	4,4	3,9	2,5	-	3,9 3,7
2014	3,5	3,7	0,0	3,4	4,4	3,8	2,5	-	3,8 3,4
2015	3,4	3,7	-0,2	3,3	4,4	3,8	2,4	-	3,9 3,3

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps), von im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Jahren)

Fremdwährungsschuld ²⁾						
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	Gesamt
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1998	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8
2001	4,5	7,5	4,7	4,9	4,7	5,5
2002	4,5	6,4	4,6	3,9	4,5	5,5
2003	4,2	5,4	4,3	2,7	4,2	5,9
2004	4,1	4,3	4,1	2,7	4,0	6,4
2005	3,6	3,3	3,5	2,7	3,5	7,6
2006	3,6	4,2	3,6	2,3	3,5	8,1
2007	2,8	3,2	2,9	3,6	2,9	9,1
2008	2,2	2,2	2,2	0,1	2,1	8,3
2009	2,6	1,2	2,5	-	2,5	8,4
2010	2,7	0,7	2,5	-	2,5	8,3
2011	1,6	0,7	1,5	-	1,5	8,1
2012	-	-	-	-	-	8,5
2013	-	-	-	-	-	8,6
2014	-	-	-	-	-	8,7
2015	-	-	-	-	-	8,4

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in %)

Fremdwährungsschuld ²⁾						
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	Gesamt
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1998	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4
2001	3,6	2,6	3,5	3,2	3,5	5,2
2002	3,3	1,9	3,2	3,2	3,2	5,0
2003	2,9	1,6	2,8	2,8	2,8	4,8
2004	2,8	2,6	2,8	4,4	2,8	4,8
2005	2,6	2,8	2,6	4,2	2,6	4,6
2006	2,5	2,5	2,5	4,3	2,6	4,4
2007	2,5	2,5	2,5	3,8	2,5	4,3
2008	2,6	2,6	2,6	3,8	2,7	4,2
2009	2,6	2,6	2,6	-	2,6	4,1
2010	3,1	3,3	3,1	-	3,1	4,1
2011	3,2	3,2	3,2	-	3,2	4,1
2012	-	-	-	-	-	3,9
2013	-	-	-	-	-	3,7
2014	-	-	-	-	-	3,4
2015	-	-	-	-	-	3,3

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps), von im Eigenbesitz befindlichen Bundes-

schuldkategorien sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultatos.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES

Stand (in Mio EUR) und Anteile der bereinigten Fremdwährungsschuld nach Währungen¹⁾

	U S D		D E M		C H F		N L G		J P Y		B E F		F R F		X E U	
	Mio EUR	% Anteil														
1980	267	5,1	2.136	40,5	2.435	46,1	327	6,2	89	1,7	24	0,5	-	-	-	-
1981	301	4,4	2.048	29,8	3.872	56,3	315	4,6	314	4,6	23	0,3	-	-	-	-
1982	189	2,4	2.579	32,8	4.477	56,9	304	3,9	325	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	208	2,3	2.831	31,0	5.069	55,5	520	5,7	499	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	144	1,7	2.800	32,4	4.465	51,6	707	8,2	529	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	104	1,2	3.218	37,3	3.815	44,2	760	8,8	730	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	76	0,8	3.546	39,2	3.420	37,8	874	9,7	1.139	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	56	0,6	3.174	35,0	3.749	41,4	600	6,6	1.486	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	38	0,4	3.479	36,6	3.282	34,5	491	5,2	2.215	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	34	0,4	3.690	40,3	2.851	31,2	478	5,2	2.093	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	8	0,1	3.440	35,0	3.503	35,6	479	4,9	2.407	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	84	0,8	3.039	28,2	4.237	39,3	479	4,4	2.950	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	6	0,0	3.653	29,2	5.048	40,3	341	2,7	3.461	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	6	0,0	3.879	25,1	5.484	35,5	798	5,2	5.302	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	4	0,0	5.066	26,7	6.749	35,6	903	4,8	6.242	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	2	0,0	5.921	27,5	7.947	36,9	822	3,8	6.866	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	2	0,0	6.378	29,6	7.352	34,1	1.503	7,0	6.311	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	0	0,0	6.163	27,8	6.741	30,4	1.952	8,8	6.538	29,5	-	-	765	3,5	-	-
1998	-	-	8.496	29,7	7.210	25,2	2.520	8,8	6.483	22,7	-	-	1.219	4,3	2.658	9,3
1998 ²⁾	-	-	-	-	7.210	52,8	-	-	6.453	47,2	-	-	-	-	-	-
1999	-	-	-	-	7.479	44,6	-	-	9.299	55,4	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	7.836	46,9	-	-	8.886	53,1	-	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	8.049	49,7	-	-	8.144	50,3	-	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	8.602	54,8	-	-	7.103	45,2	-	-	-	-	-	-
2003	-	-	-	-	8.341	60,0	-	-	5.558	40,0	-	-	-	-	-	-
2004	-	-	-	-	7.800	59,5	-	-	5.312	40,5	-	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	7.196	61,8	-	-	4.439	38,2	-	-	-	-	-	-
2006	-	-	-	-	4.737	56,9	-	-	3.581	43,1	-	-	-	-	-	-
2007	-	-	-	-	4.225	57,9	-	-	3.069	42,1	-	-	-	-	-	-
2008	-	-	-	-	4.546	57,8	-	-	3.323	42,2	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2010	-	-	-	-	2.476	64,2	-	-	1.380	35,8	-	-	-	-	-	-
2011	-	-	-	-	2.155	82,1	-	-	470	17,9	-	-	-	-	-	-
2012	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2013	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2014	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2015	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien sowie von Derivaten (Swaps) seit 1982.

2) Rückrechnung.

A 7 ABLEITUNG DER ÖFFENTLICHEN VERSCHULDUNG 2013 BIS 2015

Mio EUR	2013	2014	2015
Bereinigte Finanzschuld des Bundes	193.943	196.211	199.113
+ ÖBFA-Darlehen für Rechtsträger und Länder	8.593	9.421	9.933
+ ÖBB-Schulden	18.887	19.895	20.528
+ EFSF	5.306	5.592	5.266
+ Verbindlichkeiten aus EURO-Scheidemünzen	1.327	1.391	1.447
+ BIG	3.761	3.763	3.755
+ KA Finanz AG	7.358	6.666	11.875
+ HETA	0	14.188	15.338
+ Eurofighter-Schulden	185	0	0
+ Bundesfonds	107	97	94
+ Ausgegliederte Bundeseinheiten	32	42	25
+ Hochschulen	55	51	66
+ Bundeskammern	0	0	0
+ Sonstige außerbudgetäre Einheiten	227	195	2.910
- Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds	1.990	1.988	1.877
- Intrasubsektorale Konsolidierung	266	424	1.122
- Finanzielle zwischenstaatliche Forderungen des Bundes	9.636	10.913	12.627
Schuldenstand des Bundessektors	227.890	244.187	254.725
Finanzschuld der Länder ohne Wien	10.548	11.650	12.111
+ Landesfonds	2.027	2.036	1.939
+ Landeskammern	62	59	58
+ Ausgegliederte Landeseinheiten	13.168	12.178	11.923
davon Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften der Länder	2.917	2.220	2.219
GESPAG (Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG)	308	331	338
KABEG (Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft)	1.317	1.305	1.305
KAGes (Steiermärkische Krankenanstaltenges.m.b.H.)	1.204	504	504
KRAGES (Burgenländische Krankenanstaltenges.m.b.H.)	79	75	68
TILAK (Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH)	9	6	4
davon Landesimmobiliengesellschaften der Länder	1.752	1.722	1.710
LIG Steiermark	464	454	455
LIG Kärnten	166	152	147
LIG Niederösterreich	311	307	311
LIG Oberösterreich	654	652	637
LIG Burgenland (BELIG)	157	157	160
+/- Sonstiges ¹⁾	128	185	363
- Finanzielle zwischenstaatliche Forderungen der Länder ²⁾	5.634	5.508	5.492
- Intrasubsektorale Konsolidierung	237	216	195
Schuldenstand der Landesebene (ohne Wien)	20.062	20.384	20.706
Finanzschuld der Gemeinden ohne Wien³⁾	4.118	4.285	4.439
Finanzschuld von Wien	4.614	4.878	5.411
+ Außerbudgetäre Einheiten, davon	762	709	798
Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)	366	368	364
Wiener Linien GmbH & Co KG	182	131	232
+/- Sonstiges ⁴⁾	302	291	283
Verschuldung von Wien	5.679	5.878	6.492
+ Gemeindefonds und -verbände	429	445	466
+ Ausgegliederte Gemeindeeinheiten (v. a. Krankenanstalten)	2.707	2.685	2.518
- Finanzielle zwischenstaatliche Forderungen der Gemeinden ⁵⁾	15	19	16
- Intrasubsektorale Konsolidierung ⁶⁾	259	250	241
Schuldenstand der Gemeindeebene (einschließlich Wien)	12.658	13.023	13.658
Schuldenstand der Sozialversicherungsträger	1.690	1.325	1.674
Schuldenstand des Gesamtstaates	262.300	278.919	290.762
Schuldenstand des Gesamtstaates in % des BIP	81,3	84,4	85,5

1) Periodenabgrenzung, Fremdwährungskorrektur, Abgleich mit Bund-Rechtsträgerfinanzierung für die Länder.

2) Darlehensvergaben an Gemeinden.

3) Ohne Unterabschnitte 85-89 (Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, wirtschaftliche Unternehmungen).

4) Kurzfristige Darlehen des Bundes an Wien und Abgleich mit Bund-Rechtsträgerfinanzierung für Wien.

5) Wertpapierveranlagungen und Darlehensvergaben an den Bund.

6) Inklusive Darlehen von Gemeinden (mit Wien) an Wirtschaftsförderungsfonds und Schulgemeindeverbände.

Quelle: Statistik Austria.

A 8 FINANZSCHULD DER LÄNDER¹⁾

Stand der Finanzschuld der Länder (in Mio EUR)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	207	207	207	207	232	252	266	275	278	278
Kärnten	724	868	990	1.159	1.341	1.506	1.543	1.627	1.714	1.908
Niederösterreich	2.043	2.271	2.557	3.271	4.136	3.647	3.504	3.477	3.533	3.714
Oberösterreich	.	.	.	92	165	222	321	425	410	397
Salzburg	401	407	521	550	778	2.129	2.457	1.284	1.290	1.394
Steiermark	442	442	442	988	1.343	1.596	1.561	1.904	2.869	3.324
Tirol	132	176	168	175	234	266	221	181	141	110
Vorarlberg	84	78	73	73	96	113	112	103	102	102
Wien ²⁾	1.473	1.395	1.460	1.874	3.070	4.027	4.350	4.635	4.893	5.422
Summe Bundesländer	5.507	5.844	6.418	8.389	11.396	13.758	14.333	13.911	15.231	16.649

Stand der Finanzschuld der Länder (%-Anteile)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	3,8	3,5	3,2	2,5	2,0	1,8	1,9	2,0	1,8	1,7
Kärnten	13,2	14,8	15,4	13,8	11,8	10,9	10,8	11,7	11,3	11,5
Niederösterreich	37,1	38,9	39,8	39,0	36,3	26,5	24,4	25,0	23,2	22,3
Oberösterreich	.	.	.	1,1	1,5	1,6	2,2	3,1	2,7	2,4
Salzburg	7,3	7,0	8,1	6,6	6,8	15,5	17,1	9,2	8,5	8,4
Steiermark	8,0	7,6	6,9	11,8	11,8	11,6	10,9	13,7	18,8	20,0
Tirol	2,4	3,0	2,6	2,1	2,1	1,9	1,5	1,3	0,9	0,7
Vorarlberg	1,5	1,3	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Wien ²⁾	26,8	23,9	22,7	22,3	26,9	29,3	30,3	33,3	32,1	32,6
Summe Bundesländer	100,0									

Veränderung der Finanzschuld der Länder zum Vorjahr (in %)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	-0,5	0,0	0,0	0,0	11,9	8,6	5,6	3,6	1,1	0,0
Kärnten	6,5	19,8	14,1	17,1	15,7	12,3	2,4	5,5	5,4	11,3
Niederösterreich	21,6	11,2	12,6	27,9	26,4	-11,8	-3,9	-0,8	1,6	5,1
Oberösterreich	79,8	34,2	4,0	5,0	5,0	5,0
Salzburg	6,2	1,4	28,1	5,6	41,3	173,7	15,4	-47,7	0,5	8,0
Steiermark	0,0	0,0	0,0	123,5	35,9	18,8	-2,2	22,0	50,7	15,9
Tirol	24,4	33,3	-4,7	3,9	34,1	13,7	-16,9	-18,2	-22,2	-21,4
Vorarlberg	13,5	-6,8	-7,0	0,0	31,7	18,1	-0,9	-8,3	-0,8	-0,5
Wien ²⁾	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8	31,2	8,0	6,6	5,6	10,8
Summe Bundesländer	7,7	6,1	9,8	30,7	35,8	20,7	4,2	-2,9	9,5	9,3

Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Länder (in EUR)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	738	736	731	729	813	880	926	957	964	960
Kärnten	1.295	1.550	1.770	2.077	2.410	2.709	2.777	2.927	3.074	3.419
Niederösterreich	1.286	1.424	1.595	2.037	2.570	2.259	2.165	2.139	2.159	2.255
Oberösterreich	.	.	.	65	117	157	226	298	285	275
Salzburg	763	773	990	1.045	1.474	4.020	4.618	2.403	2.396	2.569
Steiermark	368	367	367	820	1.113	1.320	1.289	1.567	2.349	2.710
Tirol	190	252	239	248	331	374	309	250	193	150
Vorarlberg	230	214	198	197	259	305	301	274	269	266
Wien ²⁾	887	834	869	1.109	1.803	2.345	2.498	2.624	2.723	2.965
Summe Bundesländer	665	703	770	1.004	1.361	1.636	1.696	1.635	1.774	1.923

1) Einschließlich für Dritte aufgenommene Schulden (z. B. Landeskrankenanstalten), einschließlich Swaps. Ohne Sollstellungen, ohne innere Anleihen. Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 2013: 1.343,3 Mio EUR, Ende 2014: 1.339,3 Mio EUR und Ende 2015: 1.265,5 Mio EUR.

2) Wien als Land und Gemeinde.
Quelle: Statistik Austria - Geburungen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

A 9 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN

Stand der Finanzschuld der Gemeinden (in Mio EUR)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	373	371	369	371	365	350	332	319	313	312
Kärtner Land	646	679	687	712	716	678	675	646	664	650
Niederösterreich	3.624	3.652	3.643	3.706	3.786	3.750	3.679	3.637	3.576	3.542
Oberösterreich	2.245	2.306	2.393	2.561	2.731	2.807	2.740	2.674	2.617	2.664
Salzburg	667	673	664	663	645	633	616	587	578	566
Steiermark	1.989	1.956	2.025	2.008	1.960	1.960	1.879	2.034	2.045	2.021
Tirol	794	788	806	815	806	784	772	779	790	815
Vorarlberg	642	628	640	654	676	680	666	674	688	687
Summe ohne Wien	10.981	11.052	11.227	11.491	11.684	11.641	11.359	11.351	11.271	11.256
Wien ¹⁾	1.474	1.395	1.460	1.874	3.070	4.027	4.350	4.635	4.893	5.422
Summe mit Wien	12.454	12.447	12.687	13.365	14.755	15.668	15.708	15.987	16.165	16.678

Stand der Finanzschuld der Gemeinden (%-Anteile)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	3,0	3,0	2,9	2,8	2,5	2,2	2,1	2,0	1,9	1,9
Kärtner Land	5,2	5,5	5,4	5,3	4,9	4,3	4,3	4,0	4,1	3,9
Niederösterreich	29,1	29,3	28,7	27,7	25,7	23,9	23,4	22,7	22,1	21,2
Oberösterreich	18,0	18,5	18,9	19,2	18,5	17,9	17,4	16,7	16,2	16,0
Salzburg	5,4	5,4	5,2	5,0	4,4	4,0	3,9	3,7	3,6	3,4
Steiermark	16,0	15,7	16,0	15,0	13,3	12,5	12,0	12,7	12,7	12,1
Tirol	6,4	6,3	6,4	6,1	5,5	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9
Vorarlberg	5,2	5,0	5,0	4,9	4,6	4,3	4,2	4,2	4,3	4,1
Summe ohne Wien	88,2	88,8	88,5	86,0	79,2	74,3	72,3	71,0	69,7	67,5
Wien ¹⁾	11,8	11,2	11,5	14,0	20,8	25,7	27,7	29,0	30,3	32,5
Summe mit Wien	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Veränderung der Finanzschuld der Gemeinden zum Vorjahr (in %)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	-0,9	-0,6	-0,7	0,6	-1,5	-4,2	-5,3	-3,7	-1,9	-0,4
Kärtner Land	0,0	5,0	1,2	3,7	0,5	-5,3	-0,4	-4,2	2,7	-2,0
Niederösterreich	3,6	0,8	-0,2	1,7	2,1	-1,0	-1,9	-1,1	-1,7	-1,0
Oberösterreich	1,4	2,7	3,8	7,0	6,6	2,8	-2,4	-2,4	-2,1	1,8
Salzburg	-4,0	0,9	-1,3	-0,2	-2,8	-1,8	-2,8	-4,6	-1,5	-2,1
Steiermark	0,2	-1,7	3,6	-0,9	-2,4	0,0	-4,1	8,3	0,5	-1,2
Tirol	1,8	-0,7	2,3	1,1	-1,1	-2,8	-1,5	0,9	1,4	3,1
Vorarlberg	0,0	-2,2	1,9	2,2	3,4	0,6	-2,1	1,2	2,1	-0,2
Summe ohne Wien	1,3	0,7	1,6	2,4	1,7	-0,4	-2,4	-0,1	-0,7	-0,1
Wien ¹⁾	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8	31,2	8,0	6,6	5,6	10,8
Summe mit Wien	0,6	-0,1	1,9	5,3	10,4	6,2	0,3	1,8	1,1	3,2

Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Gemeinden (in EUR)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Burgenland	1.333	1.320	1.303	1.307	1.284	1.225	1.157	1.111	1.086	1.077
Kärtner Land	1.155	1.212	1.228	1.277	1.286	1.219	1.215	1.163	1.190	1.165
Niederösterreich	2.281	2.289	2.273	2.308	2.352	2.322	2.273	2.237	2.185	2.150
Oberösterreich	1.599	1.641	1.699	1.817	1.936	1.985	1.932	1.876	1.821	1.843
Salzburg	1.268	1.280	1.261	1.259	1.221	1.196	1.157	1.099	1.074	1.043
Steiermark	1.654	1.625	1.681	1.666	1.624	1.621	1.551	1.674	1.674	1.647
Tirol	1.138	1.127	1.148	1.157	1.140	1.101	1.079	1.080	1.085	1.107
Vorarlberg	1.762	1.717	1.743	1.775	1.831	1.834	1.788	1.796	1.818	1.797
Summe ohne Wien	1.658	1.665	1.687	1.725	1.751	1.740	1.693	1.684	1.661	1.648
Wien ¹⁾	887	834	869	1.109	1.803	2.345	2.498	2.624	2.723	2.965
Summe mit Wien	1.504	1.498	1.522	1.600	1.762	1.863	1.859	1.879	1.883	1.927

1) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Geburungen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

A 10 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Belgien	92,5	99,6	99,7	102,3	104,1	105,4	106,5	105,8	107,0	107,1
Deutschland	64,9	72,4	81,0	78,3	79,9	77,5	74,9	71,2	68,2	65,7
Estland	4,5	7,0	6,6	5,9	9,7	10,2	10,7	10,1	9,4	9,5
Finnland	32,7	41,7	47,1	48,5	53,9	56,5	60,2	63,6	65,4	67,1
Frankreich	68,1	79,0	81,7	85,2	89,5	92,3	95,3	96,2	96,4	96,8
Griechenland	109,4	126,7	146,3	172,1	159,6	177,4	179,7	177,4	181,6	179,1
Irland	42,4	61,7	86,3	109,6	119,5	119,5	105,3	78,6	75,4	73,6
Italien	102,4	112,5	115,4	116,5	123,3	129,0	131,9	132,3	133,0	133,1
Lettland	18,7	36,6	47,4	42,8	41,3	39,1	40,7	36,3	40,0	37,2
Litauen	14,6	29,0	36,2	37,2	39,8	38,7	40,5	42,7	40,8	43,3
Luxemburg	15,1	16,0	19,9	18,8	21,8	23,5	22,8	22,1	23,2	23,3
Malta	62,8	67,8	67,6	70,0	67,6	68,4	67,0	64,0	62,1	59,9
Niederlande	54,5	56,5	59,0	61,7	66,4	67,7	68,0	65,1	63,0	61,3
Österreich	68,5	79,7	82,4	82,2	82,0	81,3	84,4	85,5	83,5	81,1
Portugal	71,7	83,6	96,2	111,4	126,2	129,0	130,6	129,0	130,3	129,6
Slowakei	28,1	35,9	40,7	43,2	52,2	54,7	53,6	52,5	53,3	52,8
Slowenien	21,8	34,6	38,4	46,6	53,9	71,0	80,9	83,2	80,2	78,3
Spanien	39,4	52,7	60,1	69,5	85,7	95,4	100,4	99,8	99,5	99,9
Zypem	44,7	53,4	55,8	65,2	79,3	102,2	107,1	107,5	107,1	103,7
Euro-19-Aggregat	68,5	78,3	84,1	86,7	91,4	93,7	94,4	92,6	91,6	90,6
Bulgarien	13,0	13,7	15,3	15,2	16,7	17,0	27,0	26,0	29,4	26,3
Dänemark	33,4	40,4	42,9	46,4	45,2	44,7	44,8	40,4	38,9	38,4
Großbritannien	50,3	64,2	75,7	81,3	85,1	86,2	88,1	89,1	89,2	88,9
Kroatien	39,6	49,0	58,3	65,2	70,7	82,2	86,6	86,7	85,0	84,3
Polen	46,3	49,4	53,3	54,4	53,7	55,7	50,2	51,1	53,4	55,0
Rumänien	13,2	23,2	29,9	34,2	37,3	37,8	39,4	37,9	38,9	40,2
Schweden	36,8	40,4	37,6	36,9	37,8	40,4	45,2	43,9	41,6	39,9
Tschechien	28,7	34,1	38,2	39,8	44,5	44,9	42,2	40,3	39,7	39,1
Ungarn	71,6	77,8	80,5	80,7	78,2	76,6	75,7	74,7	73,4	72,5
EU-28-Aggregat	60,7	72,7	78,5	81,5	85,3	87,4	88,5	86,6	86,0	85,1
USA	72,8	86,0	94,7	99,0	102,5	104,6	104,7	105,2	108,1	108,5
Japan	191,8	210,3	215,8	231,6	238,0	244,5	249,1	248,3	250,7	254,7
Schweiz	37,0	35,2	33,9	33,2	34,2	34,2	34,7	34,0	33,4	34,4

Quelle: Europäische Kommission (November 2016); Schweiz: nationale Daten (September 2016).

A 10 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

(Fortsetzung)

Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in EUR)¹⁾

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Belgien	30.600	32.200	33.300	35.100	36.200	36.900	38.000	38.500	39.700	40.700
Deutschland	20.300	21.800	25.600	26.100	27.400	27.100	27.000	26.400	25.900	25.400
Estland	600	700	700	700	1.300	1.500	1.600	1.600	1.500	1.600
Finnland	11.900	14.100	16.400	17.700	19.900	21.100	22.600	24.300	25.300	26.300
Frankreich	21.200	23.700	25.200	26.900	28.600	29.700	30.800	31.500	32.100	32.800
Griechenland	23.900	27.100	29.700	32.100	27.600	29.200	29.400	28.800	29.300	30.000
Irland	17.700	23.100	31.600	41.500	45.800	46.800	44.000	43.300	42.600	43.200
Italien	28.400	30.000	31.200	32.100	33.400	34.400	35.200	35.800	36.600	37.100
Lettland	2.100	3.200	4.100	4.200	4.400	4.400	4.800	4.500	5.100	5.000
Litauen	1.500	2.500	3.300	3.800	4.400	4.600	5.100	5.500	5.500	6.100
Luxemburg	11.600	11.700	15.700	15.600	18.000	20.000	20.200	19.900	21.500	22.700
Malta	9.400	10.100	10.800	11.600	11.600	12.400	12.700	13.000	13.300	13.500
Niederlande	21.200	21.100	22.400	23.700	25.600	26.300	26.700	26.000	25.500	25.300
Österreich	24.000	27.300	29.000	30.200	30.900	30.900	32.700	33.700	33.700	33.700
Portugal	12.100	13.900	16.400	18.600	20.200	21.000	21.700	22.400	23.300	24.000
Slowakei	3.600	4.300	5.100	5.600	7.000	7.500	7.500	7.600	8.000	8.200
Slowenien	4.100	6.100	6.800	8.400	9.400	12.400	14.600	15.500	15.500	15.700
Spanien	9.600	12.300	13.900	15.900	19.000	21.000	22.400	23.100	24.000	25.000
Zypern	10.800	12.300	13.000	15.100	17.900	21.500	22.100	22.400	22.700	22.600
Euro-19-Aggregat	19.800	21.700	23.900	25.300	26.800	27.600	28.300	28.500	28.900	29.200
Bulgarien	600	700	800	900	1.000	1.000	1.600	1.600	1.900	1.800
Dänemark	14.700	16.800	18.700	20.500	20.400	20.300	20.700	18.900	18.400	18.700
Großbritannien	13.400	17.600	22.000	25.100	27.400	28.100	31.900	34.900	31.500	29.600
Kroatien	4.300	5.200	6.000	6.700	7.200	8.300	8.800	9.000	9.200	9.500
Polen	3.800	4.300	5.100	5.000	5.600	5.800	5.300	5.700	6.000	6.600
Rumänien	800	1.400	1.900	2.200	2.500	2.700	2.900	3.000	3.300	3.700
Schweden	12.500	13.900	15.800	16.000	17.000	17.900	19.600	20.400	19.600	18.900
Tschechien	4.100	4.800	5.700	5.900	6.800	6.400	6.200	6.400	6.500	6.600
Ungarn	7.200	7.600	7.800	7.300	7.700	7.900	7.900	8.200	8.500	9.000
EU-28-Aggregat	15.800	17.800	20.000	21.300	22.700	23.400	24.400	25.000	24.800	24.900
USA	25.300	28.100	34.300	38.100	40.000	40.000	47.000	54.200	55.700	58.300
Japan	59.700	58.300	74.900	85.300	78.100	63.600	65.700	74.500	83.500	88.900
Schweiz	26.700	24.600	24.300	23.900	24.600	24.800	25.200	24.500		

1) Die Verschuldungsdaten wurden zu Devisenmittelkursen der jeweiligen Jahresultimo in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

Quelle: Europäische Kommission (November 2016); Schweiz: nationale Daten (September 2016).

